

Bundestag direkt



Infobrief der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Nr. 1 / März 2014

Auf ein Neues!

Der letzte Infobrief, den wir von der SPD-Landesgruppe im Bundestag herausgegeben haben, stammt vom August 2013. Im Jahr 2014 haben wir damit begonnen, in einer solchen periodisch 3 bis 4 mal im Jahr erscheinenden Zusammenstellung von Artikeln, Informationen und Personalien über die Arbeit der Landesgruppe insgesamt sowie der einzelnen SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein zu berichten und zur Verbindung der Bundestagsfraktion mit der Europa-, Landes- und Kommunalpolitik beizutragen. Hieran wollen wir in Zukunft wieder anknüpfen.

Dankeschön an Nadine Brockmann

An dieser Stelle noch einmal ein besonders herzliches Dankeschön an Nadine Brockmann, die über 10 Jahre nicht nur die Arbeit der Landesgruppe mit organisiert hat, sondern eben auch für die interessante Gestaltung des Newsletters mit verantwortlich war. Und ein herzliches Willkommen an Sandra Lechelt, unsere neue Landesgruppen-Referentin.

Wechselseitigen Glückwünschen konnten wir nach den Wahlen vom letzten September auch an 9 Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein sagen, die zu Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewählt worden sind. Von 6 auf 9 Abgeordnete – das war eine Steigerung um 50%, wie sie bis auf das sehr kleine Saarland keine andere Landesgruppe zu verzeichnen hatte.

Gut „gegendert“

Mit 4 Frauen und 5 Männer sind wir gut „gegendert“, mit 6 erfahrenen Abgeordneten und 3 neuen sind wir gut gemischt. Für 9 von 11 Wahlkreisen stehen gewählte Abgeordnete ein. Die beiden offenen Wahlkreise werden intensiv mitbetreut. Denn das haben wir uns vorgenommen: Weiße Flecken in Schleswig-Holstein soll es in der Vertretung durch die SPD nicht geben. 50 % mehr Abgeordnete aus Schleswig-Holstein bringen nicht

nur 50% mehr Kompetenz aus Schleswig-Holstein in den Bundestag, sondern sorgen auch für eine deutlich breitere Aufstellung der SPD-Schleswig-Holstein in den Ausschüssen im Bundestag.



Dr. Ernst Dieter Rossmann

So sind wir zusätzlich nicht nur endlich wieder im wichtigen Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vertreten, sondern auch mit zwei Mitgliedern im „Superausschuss“ für Wirtschaft und Energie. Insgesamt haben wir jetzt in 10 Ausschüssen eine Vollmitgliedschaft.

SPD-SH in Führungsfunktionen

Und nicht nur das: Die Landesgruppe, die wegen der überschaubaren Größe von Schleswig-Holstein nun einmal nicht zu den größten im Bundestag zählen kann, hat in der Fraktion gleichwohl eine überproportionale Repräsentanz in wichtigen Führungsfunktionen erreicht.

Wir stellen die Vorsitzenden im Verteidigungsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss sowie den stellvertretenden Vorsitzenden im Auswärtigen Ausschuss, die Sprecher für Bildung und Forschung, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Tourismus und die stellvertretenden Sprecher im Haushaltsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss.

Auch die „Küstengang“, der Zusammenschluss aller SPD-Abgeordneten aus den 5 norddeutschen Ländern, hat eine stellvertretende Lotsin aus Schleswig-Holstein.

Nicht zuletzt sind wir auch im erweiterten Fraktionsvorstand mit einem Drittel der Landesgruppe und damit mit mehr als 10% in diesem Leitungsgremium der Fraktion vertreten. Klein, aber dafür kompetent, aktiv, meinungsfreudig – so werden wir in der Fraktion wahrgenommen und das sichert uns denn auch eine überproportionale Repräsentanz und Einflussmöglichkeit.

Enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Land

Daraus wollen und müssen wir etwas machen, nicht zuletzt auch im Zusammenwirken mit unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig, seinem Kabinett und mit unserem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner, der mit seiner Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden schließlich in die Nachfolge immerhin eines Jochen Steffen und Björn Engholm eingetreten ist, die auch in ihrer Zeit in der SPD-Parteispitze herausgehoben gewirkt haben.

Also: Auf geht es! Zeigen wir zusammen, was der echte Norden leisten kann! Wir freuen uns über konstruktiv-kritisches Interesse nicht nur am wieder auferstandenen Newsletter, sondern auch an unserer gemeinsamen Arbeit.

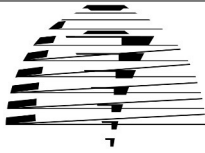
Mit herzlichen Grüßen

Ernst Dieter Rossmann

Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Inhalt dieser Ausgabe

- Aufgabengebiete der Abgeordneten (S. 2)
- Diäten-Reform (S. 3)
- Entlastung der Kommunen (S. 3)
- Jobcenter (S. 4)
- Basisfallwerte (S. 4)
- Rentenpaket der Regierung (S. 5)
- Energiewende (S. 6)
- Termine (S. 6)
- Familienpolitische Vorhaben (S. 7)
- Impressum (S. 7)
- Schwerpunkte im Verkehrsausschuss (S. 8)
- Ausbau des NOK (S. 8)
- Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (S. 8)
- Sozialdemokratische Agenda für Europa (S. 9)
- Gespräch mit dem Handwerk (S. 9)
- Bericht des Wehrbeauftragten (S. 10)
- Minderheitenpolitik (S. 11)
- Wahlkreisbüros (wieder-) eröffnet (S. 12)



Aufgabengebiete der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode

Ansprechpartner für vakante Wahlkreise



Die Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion (v.l.n.r.): Sönke Rix, Dr. Hans-Peter Bartels, Dr. Nina Scheer, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm, Matthias Ilgen, Dr. Birgit Malecha-Nissen, Franz Thönnnes, Bettina Hagedorn

Die Landesgruppe hat auf ihrer Klausurtagung am 27.2.2014 in Kiel ihren bisherigen Vorstand für die nächsten zwei Jahre bestätigt. Ernst Dieter Rossmann wurde als Sprecher der Landesgruppe einstimmig gewählt, ebenso Gabriele Hiller-Ohm als stellvertretende Sprecherin sowie Sönke Rix als Kassenwart.

Nachdem die Wahlen zu den Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Gremien für die 18. Wahlperiode des Bundestages größtenteils abgeschlossen sind, stehen nun auch die Aufgabengebiete unserer Abgeordneten fest. Im Folgenden findet sich eine kurze Übersicht über die Ausschusszugehörigkeiten und wichtigsten Funktionen:

Dr. Hans-Peter Bartels:
(Wahlkreis 5 Kiel)
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bettina Hagedorn:
(Wahlkreis 9 Ostholstein-Nordstormarn)
Haushaltsausschuss, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Gabriele Hiller-Ohm:
(Wahlkreis 11 Lübeck)
Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschuss für Tourismus (Sprecherin der Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion), stellv. Mitglied im Aus-

schuss für Ernährung und Landwirtschaft

Matthias Ilgen:
(Wahlkreis 2 Nordfriesland-Dithmarschen)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, Beratender Ausschuss für Fragen der Friesischen Volksgruppe beim Bundesministerium des Innern, Mitglied im Gremium für Fragen der Friesischen Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein

Dr. Birgit Malecha-Nissen:
(Wahlkreis 6 Plön-Neumünster)
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Vorsitzende der Küstengang (Zusammenschluss der SPD-Bundestagsabgeordneten aus den fünf norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein)

Sönke Rix:
(Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Sprecher der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion), stellv. Mitglied im Innenausschuss, stellv. Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, Mitglied im beratenden Ausschuss für Fragen der Dänischen Minderheit beim Bundesministerium des Innern

Dr. Ernst Dieter Rossmann:
(Wahlkreis 7 Pinneberg)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion), stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Dr. Nina Scheer:
(Wahlkreis 10 Kreis Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Franz Thönnnes:
(Wahlkreis 8 Segeberg-Stormarn-Mitte)
stellv. Vorsitzender des Auswärtiges Ausschusses (stellv. Sprecher der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion), stellv. Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Mitglied im Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig, Leiter der Delegation des

Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

Erreichbarkeiten:
Die Erreichbarkeiten der einzelnen Abgeordnetenbüros sowie die Funktionen und die Wahlkreiszuständigkeiten können auf der Landesgruppen-Homepage unter <http://landesgruppe.edr-pi.de/mitglieder> nachgelesen werden.

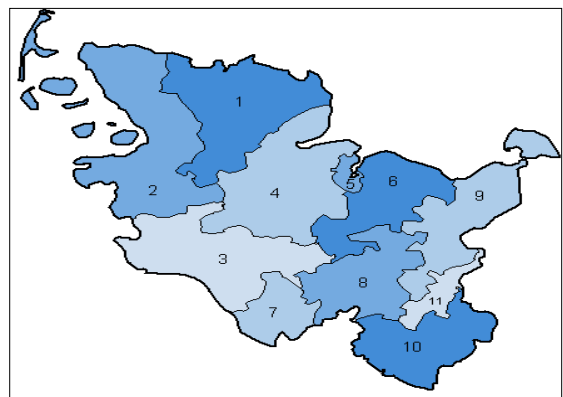
Betreuungswahlkreise:
Die beiden vakanten Wahlkreise, die keinen SPD-Bundestagsabgeordneten haben, werden wie folgt betreut:

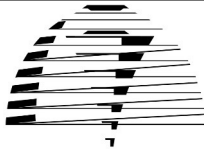
WK 1 Schleswig-Flensburg:
Sönke Rix

WK 3 (Kreis Dithmarschen):
Matthias Ilgen

WK 3 (Kreis Steinburg):
Dr. Ernst Dieter Rossmann

WK 3 (Kreis Segeberg):
Franz Thönnnes





Diäten-Reform: Ein struktureller Fortschritt ist erreicht!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Das Thema bewegt immer wieder neu! Die grundsätzliche Einordnung der Höhe der Abgeordneten-Diäten, ihre Anpassung an die Einkommensentwicklung und die strukturelle Gestaltung von Übergangsgeldern wie Ruhestandsgeldern interessieren mit Recht nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die politische Öffentlichkeit.

Als SPD-Landesgruppe aus Schleswig-Holstein haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder mit konstruktiv-kritischen Vorschlägen in diese Diskussionen eingebracht. So gibt es ein umfangreiches pointiertes Eckpunktepapier hierzu aus dem Jahr 2006, das uns fortan Richtschnur für unsere Haltung in wesentlichen Fragen geblieben ist. Es ist dokumentiert im Newsletter der Landesgruppe vom Juli 2006 (Jahrgang 2, Ausgabe 2).

Die Landesgruppe vorneweg!

Die Landesgruppe hat seinerzeit in großer Geschlossenheit dazu beigetragen, dass eine zweimalige Diätenerhöhung in einem Jahr, die unseres Erachtens nicht begründet werden konnte, von der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt worden ist, obwohl die Fraktionsvorsitzenden zusammen mit dem Präsidenten anderes vorgeschlagen hatten.

Damit macht man sich natürlich absolut keine Freunde unter vielen Kolleginnen und Kollegen. Aber wagt man, dann tut man.

Auch deshalb waren wir sehr erfreut darüber, dass nicht zuletzt in der Folge dieser Auseinandersetzungen eine unabhängige Diäten-Kommission vom Präsidenten eingesetzt worden ist mit Sachverständigen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die umfangreiche Vorschläge nicht nur zur Höhe und zur Anpassung der Diäten

Einige Ideen sind aufgenommen worden!

Dabei haben einzelne Abgeordnete aus unserer Landesgruppe in der Fraktionssitzung durchaus kritisch zu den Zeitplänen bei den vorgesehenen Erhöhungen argumentiert und auch in der Fraktion entsprechend ablehnend abgestimmt. Aber wir haben zugleich übereinstimmend in der Landesgruppe anerkannt, dass nicht zuletzt einige wesentliche Vorschläge

naheinkommen oder die Anhebung der Altersgrenze auf 63 Jahre, ab der abschlagsfrei Altersgeld bezogen werden kann.

Meine persönliche Meinung hierzu: Das reicht speziell bei der Reform der Altersversorgung bei weitem noch nicht aus. Aber es war das Maximale, was jetzt erreicht werden konnte. Und es ist ein absolut überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Denn die bisher bestehende Möglichkeit, nach 18 Jahren Abgeordnetentätigkeit schon ab 57 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können, war wirklich nicht mehr länger vermittelbar.

In der Summe haben wir uns in der Landesgruppe dann dazu entschieden, dieser Diätenreform zuzustimmen und dies mit einer Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung im Bundestag zu begleiten. Ganz wichtig war für uns dabei auch: Es gibt endlich auch in Deutschland ein Gesetz, dass Bestechung und Bestechlichkeit von Parlamentariern bestraft. Diese schärferen Regeln sind Voraussetzung für die seit 10 Jahren ausstehende Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.

Nur der konsequenten Haltung der SPD ist es zu verdanken, dass wir uns hier endlich gegenüber der CDU/CSU durchsetzen konnten. Einsicht kann jedenfalls wachsen. Fortschritt ist möglich. Auch dies ist ein Erfolg von Beharrlichkeit und langem Atem, also von Eigenschaften, wie sie der SPD nun einmal zu Eigen sind.



ten gemacht hat, sondern auch zu Fragen der Altersversorgung.

Vorsitzender dieser Kommission war übrigens ein Schleswig-Holsteiner: Der Liberale und ehemalige Justizminister Prof. Schmidt-Jortzig aus Kiel.

ge, die wir 2006 mit angestoßen haben, Eingang gefunden haben in die strukturellen Veränderungen, die mit der jetzigen Reform vollzogen werden. Zu nennen ist hier z. B. die Anbindung zukünftiger Diätenerhöhungen an die durchschnittliche Entwicklung der Nomi-

Koalitionsvertrag: Entlastung der Kommunen wird kommen

Die finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Bund ist dringend notwendig, um vor allem die finanzschwachen Städte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer kommunalen Aufgaben zu unterstützen. Mit dem Bundeshaushalt 2014 ist die Große Koalition diesem Ziel einen weiteren Schritt näher gekommen.

Ab 2014 übernimmt der Bund vollständig die Grundsicherung im Alter mit einer Entlastungswirkung für die Kommunen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro jährlich. Außerdem sieht der nun vorgelegte Entwurf des Bundeshaushalts für 2014 eine Aufstockung der Städtebauförderung

von 455 auf 700 Mio. Euro vor.

Im Haushaltsentwurf enthalten ist auch ein Aufwuchs des Programms „Soziale Stadt“ um 110 Mio. Euro. Dies ist ein großer, für die Gemeinden direkt positiv spürbarer Erfolg sozialdemokratischer Politik.

Bundesteilhabegesetz noch in dieser Wahlperiode

Im Koalitionsvertrag ist zudem vereinbart, dass die Kommunen zusätzlich im Rahmen der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Mrd. Euro jährlich von den Kosten der

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entlastet werden.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar, dass es ein Bundesteilhabegesetz noch in dieser Wahlperiode geben wird.

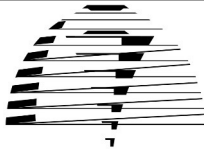
Bis dieses Gesetz erarbeitet ist, werden die Kommunen, beginnend mit 2015, bereits um eine Mrd. Euro zusätzlich jährlich entlastet. Das hat das Bundeskabinett mit den Eckwerten zur mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung bereits beschlossen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird noch vor dem Sommer mit den Vorbereitungen für das Bundesteilhabegesetz

beginnen. Mit ihm soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiter entwickelt werden, das das Leben von Menschen mit Behinderungen konkret verbessert.

Bis 2015 soll Gesetzentwurf vorliegen

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales strebt an, den Gesetzentwurf in 2015 zu erstellen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass dieses Bundesteilhabegesetz in 2016 beschlossen wird. Unser Ziel ist es, schon 2017 zu einer höheren Entlastung der Kommunen zu kommen. (sl)



Jobcenter in Not: schwarz-gelber Kahlschlag zeigt Folgen!

Von Bettina Hagedorn

Die Jobcenter schlagen Alarm: Für die Förderung und Weiterbildung Langzeitarbeitsloser wurden die Mittel von 2010 bis heute um teils mehr als 50 Prozent gekürzt – die Folgen sind katastrophal!

Standen z.B. dem Jobcenter Ostholstein 2010 noch 11,5 Mio. € im Budget zur Verfügung, womit ca. 4.000 Personen qualifiziert werden konnten, so werden es 2014 weniger als die Hälfte sein – nur 4,9 Mio. € für ca. 1.400 Personen.

Für über 300 Langzeitarbeitslose, die z. Zt. im Projekt „Bürgerarbeit“ unter anderem in Sozialkaufhäusern und bei den „Tafeln“ arbeiten, endet 2014 die Förderung, weil Schwarz-Gelb diese Modelle befristet und die Gelder dafür bis 2017 im Finanzplan gestrichen hat! Dabei ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im gleichen Zeitraum kaum gesunken.



Bettina Hagedorn

Im Jobcenter Lübeck das gleiche verheerende Bild: Von 33 Mio. € 2010 ein Budget-Absturz auf 15,4 Mio. € 2014 und damit ein Minus von über 50%. Leider kein Einzelfall - bundesweit das gleiche Drama.

Schwarz-gelbes Sparpaket mit Langzeitfolgen

Ein „Kuckucksei“, das Schwarz-Gelb unserer Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles da hinterlassen hat, denn es waren CDU/FDP, die 2010 mit ihrem sogenannten „Sparpaket“ diesen Kahl-

schlag mit Langzeitwirkung beschlossen haben: Eine Radikalkürzung, die ab 2011 schrittweise bis 2014 (2011: 2 Mrd. €, 2012: 4 Mrd. €, 2013: 6,5 Mrd. €, ab 2014: 8 Mrd. € pro Jahr) 20,5 Milliarden Euro im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik strukturell gekürzt hat.

Schwarz-Gelb hat aber mit seinem beschlossenen Finanzplan diesen Kahlschlag mit einem Minus von 8 Mrd. € pro Jahr bis 2017 fortgeschrieben – so dass jetzt allein von 2014 bis 2017 32 Mrd. € für aktive Arbeitsmarktpolitik von Langzeitarbeitslosen bei den Jobcentern fehlen – während gleichzeitig deren Anzahl und Förderbedarf trotz „brummender Konjunktur“ nicht spürbar gesunken ist.

Rotstiftpolitik trifft vor allem Langzeitarbeitslose

Leidtragende sind Langzeitarbeitslose, die solche bisher erfolgreichen Qualifizierungsangebote der Jobcenter dringend für einen erfolgreichen Wiedereinstieg ins Berufsleben brauchen – diese Rotstiftpolitik trifft ungerechtfertigt die Lebenschancen von jüngeren wie älteren Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Handicap, Migranten, Frauen mit ihren Kindern (denn über 40 Prozent aller Alleinerziehenden sind langzeitarbeitslos).

Besonders perfide: Erstmals im Jahr 2013 (!) kürzte Schwarz-Gelb gezielt und zusätzlich 1,5 Mrd. € bundesweit explizit zu Lasten der Budgets der Jobcenter für aktive Arbeitsmarktpolitik – und verdoppelte diese Kürzung für 2014 und alle Folgejahre mit einem Minus von jährlich 3 Mrd. €. Knallhart wurde dabei kalkuliert, dass die Wucht dieses Kahlschlages die Jobcenter bundesweit erst NACH der Bundestagswahl 2013 erreichen wird.

Und jetzt? Statt beim Besuch aller Jobcenter in Schleswig-Holstein nur betroffenen die katastrophale Situation zur Kenntnis zu nehmen, haben die Bundestagskollegen der CDU mit uns jetzt die Chance, bei Herrn Schäuble in den kommenden Haushaltsberatungen mehr Geld zur Förderung der Langzeitarbeitslosen einzufordern... Krokodilstränen allein helfen nicht!

Aufatmen im Norden: 2014 endlich PLUS 65 Mio. € für Krankenhäuser aus Berlin!

Von Bettina Hagedorn

Große Koalition: ab 2016 endlich bundeseinheitlicher Basisfallwert!

Am 20. Januar machte ich mein inzwischen 8. Praktikum im Bereich Gesundheit und Pflege im Eutiner Sana-Klinikum: Morgens um 6 Uhr Dienstantritt auf der Intensivstation und danach in der onkologischen Klinik - jeweils 4 Stunden. Das Ganze nicht nur verbunden mit Gesprächen mit der Geschäftsführung, sondern vor allem mit Ärzten, Pflegepersonal und Patienten.

Ressourcenknappheit sorgt für Belastungen

Dauerthemen waren natürlich der Fachkräftemangel, die physische und psychische Belastung der Berufsgruppen, Schichtdienst, gestiegene Verantwortung und Personalknappheit mit fehlenden finanziellen Anreizen für Berufseinsteiger.

Beim Thema Finanzen gibt es Hoffnung, denn 2014 erhalten die Krankenhäuser Schleswig-Holsteins endlich ein sattes Plus von 65 Mio. €. Im bundesweiten Vergleich zwar noch ein niedriger Landesbasisfallwert (Berechnung einheitlicher Preise für stationäre Leistungen), aber

dank erfolgreicher Koalitionsverhandlungen der SPD sollen zum 1. Januar 2016 die ungerechten Unterschiede der Krankenhausvergütungen, die seit Jahren Schleswig-Holsteins Kliniken massiv benachteiligen, endlich aufgehoben werden.

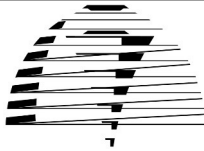
400 Arbeitsplätze in der Pflege betroffen

Wir erinnern uns: Diese schrittweise Vereinheitlichung hatten 2008 bereits die SPD-Gesundheitsministerinnen Ulla Schmidt und Gitta Trauernicht erfolgreich zwischen Bund und Ländern vereinbart, als 2010 der damalige FDP-Gesundheitsminister Rösler diesen Kompromiss außer Kraft setzte. In der Folge fehlten in Schleswig-Holstein ca. 20 Millionen Euro jährlich, was mindestens 400 Arbeitsplätzen in der Pflege entsprach.

Auf SPD-Initiative aus Schleswig-Holstein sorgt der Berliner Koalitionsvertrag jetzt endlich für mehr Geld an den Krankenhäusern im Norden: So kann eine solide Finanzperspektive die Qualität der Versorgung, die Personalaufstockung im Pflegebereich, die Entlohnung der Mitarbeiter und die Versorgung der Patienten sichern.



Bettina Hagedorn beim Praktikum im Eutiner Sana-Klinikum



Versprechen gehalten – das Rentenpaket kommt zum 1. Juli

Viele Menschen in Schleswig-Holstein werden von den Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung profitieren

Von Gabriele Hiller-Ohm

Unsere Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles hat mit dem Rentenpaket zügig das erste umfangreiche Gesetzesvorhaben ins parlamentarische Verfahren gebracht. Damit setzt die Große Koalition die vor allem von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag durchgesetzten Verbesserungen in der Rente um.

Das Rentenpaket enthält konkrete Verbesserungen, die zum 1. Juli 2014 in Kraft treten:

- die abschlagsfreie Rente für Menschen mit mindestens 45 Beitragsjahren,
- die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder,
- höhere Renten bei Erwerbsminderung und eine Erhöhung des Budgets für Rehabilitationsmaßnahmen.

Damit schließen wir Gerechtigkeitslücken, die viele Menschen spüren. Erbrachte Leistungen werden bisher nicht ausreichend gewürdigt. Menschen, die besonders lange gearbeitet und eingezahlt haben, werden bei der Rente jetzt besser gestellt.



Gabriele Hiller-Ohm

Außerdem muss der Einsatz der Kindererziehung der Beitragszahlenden von heute und morgen oder diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, mehr wert sein als bisher. Auch das gehört zur Generationengerechtigkeit. Das Rentenpa-

ket trägt zu einem stabilen und akzeptierten Rentensystem bei. Etwa 80 Prozent der Menschen findet es richtig.

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Wer mindestens 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, kann ab 1. Juli 2014 bereits mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen (zukünftig wird die Altersgrenze schrittweise auf 65 Jahre angehoben).

Neben den Pflichtbeitragszeiten aus Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit werden auch Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen anerkannt. Berücksichtigt werden auch Zeiten, in denen Arbeitslosengeld I oder andere Lohnersatzleistungen bei Weiterbildung, Schlechtwettergeld, Kurzarbeit oder im Insolvenzfall des Arbeitgebers bezogen wurden.

Von der Rente ab 63 können bundesweit bis zu 200.000 Personen pro Jahr profitieren - in Schleswig-Holstein etwa 7.000 Menschen jährlich.

Mehr Anerkennung von Kindererziehungszeiten („Mütterrente“)

Wer Rente bezieht und ein Kind erzogen hat, das vor 1992 geboren wurde, erhält pauschal einen zusätzlichen Renten-Entgeltpunkt pro Kind. Dies entspricht derzeit 28,14 Euro monatlich. Wer noch nicht in Rente ist, erhält ein weiteres Jahr Kindererziehungszeit gutgeschrieben.

Aktuell gibt es in Deutschland rund 9,452 Millionen Bestandsrenten mit Kindererziehungszeiten, davon zirka 330.000 in Schleswig-Holstein. Hinzu kommen die zukünftigen Rentenzugänge, die Kindererziehungszeiten mit Geburt vor 1992 aufweisen.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann und künftig auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen ist, bekommt mehr: Die so genannte

Das Rentenpaket

Das ist drin



Zurechnungszeit wird um zwei Jahre verlängert. Erwerbsgeminderte werden dann so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen zwei Jahre länger gearbeitet hätten.

Jährlich müssen in Deutschland etwa 172.000 Personen eine Erwerbsminderungsrente in Anspruch nehmen – in Schleswig-Holstein betrifft das rund 6.300 Bürgerinnen und Bürger pro Jahr.

Reha-Budget

Da der Bedarf an Rehabilitation wegen der demographischen Entwicklung ansteigt, werden zukünftig mehr Mittel für Rehabilitationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Rentenpaket wird schnell auf den Weg gebracht

Wir bringen das Rentenpaket schnell auf den Weg, damit die Verbesserungen bereits zum 1. Juli wirksam werden können. Wir halten unsere Versprechen und beseitigen zügig die erkannten Gerechtigkeitslücken.

Die verbesserte Rente ist das eine, die Bekämpfung der Erwerbsarmut das andere. Denn sichere Renten von morgen gibt es nur mit guter Arbeit heute. Deshalb werden wir

nicht nachlassen für gute Arbeit zu sorgen. Dazu gehört auch der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn, der noch vor dem Sommer folgen wird.

Informationen zum Rentenpaket im Internet abrufbar

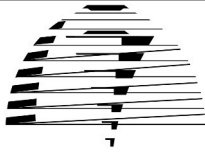
Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales informiert ausführlich unter www.rentenpaket.de über das neue Rentenpaket. Zudem gibt es ein Bürgertelefon, das montags bis donnerstags von 8 bis 20 Uhr unter der Telefonnummer (030) 221 911 001 erreichbar ist.

Hintergrund zum Rentenpaket:

Der Gesetzentwurf zum Rentenpaket ist abrufbar unter: <http://is.gd/Rentengesetz>

Fragen und Antworten zum Rentenpaket können auf den Seiten des BMAS angeschaut werden unter: http://is.gd/FAQ_Rente

Ein Video mit Andrea Nahles, in dem sie zum Rentenpaket spricht, findet sich unter dem folgenden Link: http://is.gd/Video_Rente



Die Energiewende: Ausblicke und Perspektiven

Von Dr. Nina Scheer

Das Eckpunktepapier zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie der Koalitionsvertrag (KoaV) sind geprägt von der Vorgabe, Kosten zu senken und die Erneuerbaren Energien (EE) besser in den Markt zu integrieren. KoaV und Eckpunktepapier spiegeln damit die öffentliche energiepolitische Diskussion des letzten Jahres, die im Schwerpunkt auf die EEG-Umlage fokussiert war.

Da steigende Energiepreise im täglichen Leben uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zuvorderst ansprechen, wurde insbesondere die SPD Adressat der Forderung nach einzugrenzenden Stromkosten.

Hiermit medial eng verknüpft war und ist die Annahme, in dem weiteren Ausbau EE - abgebildet durch die EEG-Umlage - liege der hauptsächliche Kostentreiber. Richtigerweise gilt es im EEG enthaltene Überförderungen abzubauen. Übersehen werden darf dabei aber nicht, dass im weiteren Ausbau EE aufgrund der in den letzten Jahren stark gesunkenen Herstellungskosten (insbesondere Wind-Onshore und Photovoltaik) keine wesentlichen Kostensteigerungsfaktoren liegen und EE die geringsten gesamtgesellschaftlichen Belastungen vermitteln.

Einseitiger Fokus auf Kosten

Ein einseitiger Fokus auf die genannten Kosten vernachlässigt zudem die seit Jahren steigenden Importenergiepreise und auch die Endlichkeit fossiler Energieresourcen, ganz zu schweigen von den immensen Folgeschäden, Risiken und Endlagerkosten, die mit fossil-atomarer Energiegewinnung einhergehen.

Auch die mit dem dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien verbundene regionale Wertschöpfung und hier entstehende Arbeitsplätze werden dabei unzureichend berücksichtigt. Insofern gilt es zu beobachten, ob die nun vorgesehenen Ausbaubegrenzungen dem Anspruch die „Energiewende zum Erfolg führen“ gerecht werden.

Ausbaubegrenzungen werden darüber hinaus mit „Planbarkeit“ zugunsten der konventionellen Energiewirtschaft begründet, die sich durch den wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien aus dem Markt gedrängt sieht.

Die „Versorgungssicherheit“ soll durch einen planbar kalkulierbaren Anteil verbleibender fossil-atomarer Kapazitäten aufgrund ihrer Eigenschaft als sog. Regelenergie (konstant verfügbar) gewahrt bleiben. Aber auch eine planbare und sichere Versorgung muss sich ihrerseits der Maßgabe eines auf Kosteneffizienz und Nachhaltigkeit ausgestalteten Energiemarktes stellen.



Dr. Nina Scheer

Stetige Überprüfung für mehr Systemverantwortung

In diesem Sinne sollte stetig überprüft werden, in welchem Umfang bereits EE und Kraft-Wärme-Kopplung mit entsprechendem Netznutzungsverhalten mehr Systemverantwortung übernehmen können und ob, wann oder in welchem Umfang mit einem neuen Marktdesign und einem zu erleichternden Zugang von EE in den Regelenergiemarkt mit EE Versorgungssicherheit garantiert werden kann.

Denn: Je mehr EE zur Versorgungssicherheit beitragen und hiermit die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und deren Importen reduzieren, desto nachhaltiger und planbarer gestalten sich

Kosten- und Preisentwicklungen für Energie.

Das Eckpunktepapier und der in Kürze in das Gesetzgebungsverfahren aufzunehmende Entwurf einer EEG-Novelle sehen noch weitergehende Mengensteuerungen für EE vor, als im KoaV enthalten: Statt Einspeisevergütungen sind für den weiteren Ausbau ab 2017 Ausschreibungen vorgesehen - unabhängig von einer zuvor zu erprobenden Erfolgstauglichkeit dieses Instruments (Stand März 2014).

Im Zuge des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens wird sich dieser Weg einer kritischen Überprüfung nach den Prämissen des KoaV stellen müssen.

Denn: Mit der Einführung von europaweiten Ausschreibungen, wie sie die EU-Kommission derzeit den Mitgliedstaaten vorzugeben versucht, wird der erfolgreiche Weg einer dezentralen, von Bürgerinnen und Bürgern mitgestalteten Energiewende verlassen.

Wo bleiben Energiegenossenschaften und mittelständische Unternehmen?

Internationale Erfahrungen mit Ausschreibungen vermitteln Unplanbarkeit und Verunsicherung (und damit verbundene Risikoauflösungen bei der Finanzierung von EE-Projekten), womit Energiegenossenschaften und mittelständische Unternehmen aus der Energiewende heraus gedrängt werden.

Damit wird auch der fortschreitende Umstieg auf Erneuerbare Energien (EE) ausgebremst. Das ist für eine „erfolgreiche Energiewende“ nicht zielführend.

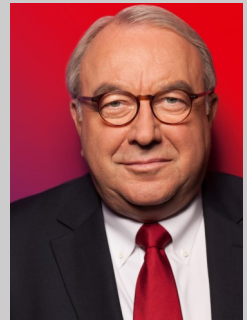
Darüber hinaus gilt es noch einen anderen Aspekt zu berücksichtigen: Die in Vorbereitung befindlichen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) einerseits und Canada (CETA) andererseits könnten aus den europaweiten Ausschreibungen auch internationale werden lassen: Wenn ja, um welchen Preis?

Termine:

15.4.2014, 19 Uhr,
Legienhof, Legienstr. 22, Kiel:

„Fraktion vor Ort“: Deutschlands maritime Politik: Was plant die neue Berliner Koalition?

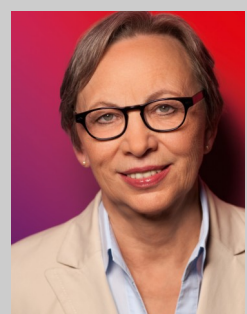
Unter diesem Thema steht die erste „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein in diesem Jahr. Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels lädt gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und maritimer Koordinator der Bundesregierung, zur Diskussion über die Ausrichtung der maritimen Politik ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen! Um Anmeldung wird bis zum 11.4.2014 unter <http://is.gd/Bartels> gebeten.



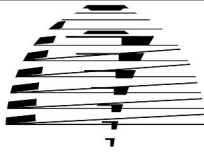
Uwe Beckmeyer

27.5.2014, 19:30 Uhr,
Kreis Pinneberg:

„Fraktion vor Ort“: Diskussion zur abschlagsfreien Rente mit 63 mit Gabriele Lösekrug-Möller MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg. Informationen gibt es über das Büro von Ernst Dieter Rossmann, Telefon: 04101/200639.



Gabriele Lösekrug-Möller



Dynamik in der Familienpolitik

Von Sönke Rix

Als Sozialdemokrat, der sich seit acht Jahren im Familienausschuss des Bundestages engagiert, freue ich mich, dass die SPD endlich wieder die Bundesfamilienministerin stellt. Mit Manuela Schwesig haben wir eine fachlich versierte, kooperative und durchsetzungsstarke Ministerin. Ich freue mich, dass wir in den kommenden Jahren eng zusammenarbeiten werden.



Sönke Rix

Familienpolitik ist kein großkoalitionärer Kuschelkurs

Für einen großkoalitionären Kuschelkurs eignet sich die Familienpolitik ganz und gar nicht, stehen unsere Vorstellungen von einer modernen Gesellschaftspolitik

denen der Union doch oftmals diametral gegenüber. Das zeigt insbesondere die Diskussion um das Betreuungsgeld.

Umso erfreulicher ist es, dass Manuela Schwesig ihre Durchsetzungsfähigkeit und fachliche Expertise bereits während der Koalitionsverhandlungen unter Beweis stellen und der Union familienpolitische Maßnahmen abringen konnte, die klar eine sozialdemokratische Handschrift tragen.

Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

So zum Beispiel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – eines unserer Kernziele. Wir wollen, dass Kinder und (weibliche) Karrieren sich nicht mehr gegenseitig ausschließen. Um dafür Rahmenbedingungen zu schaffen, haben wir bereits in der letzten Großen Koalition manches angestoßen, beispielsweise ein 4-Milliarden-Sondervermögen für den Ausbau und die Betriebskosten von Kindertagesstätten. Daran werden wir anknüpfen und den Kita-Ausbau weiter vorantreiben.

Weiterentwicklung der Qualität der frühkindlichen Bildung geplant

Zusätzlich werden wir die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung weiterentwickeln. Dafür gibt es jährlich 500 Millionen Euro. Wir werden das Elterngeld weiter-

entwickeln und so ausgestalten, dass Paare, die sich partnerschaftlich organisieren, noch mehr profitieren.

Teilerfolg für die SPD in der Gleichstellungspolitik

In der Gleichstellungspolitik ist uns ein Teilerfolg gelungen. Wir konnten die Union von einer festen Geschlechterquote für Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen überzeugen.

Entgeltgleichheit durch individuellen Auskunftsanspruch fördern

Das Thema Entgeltgleichheit steht jetzt auf der Agenda. Frauen in Deutschland verdienen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Um dem wirksam zu begegnen, werden wir mehr Transparenz herstellen, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen individuellen Auskunftsanspruch festlegen und mit den Tarifpartnern eine Initiative starten, um die Muster von struktureller Entgeltungleichheit in Tarifverträgen zu erkennen und zu überwinden.

Zukünftig eigenständige Jugendpolitik mit „Jugend-Check“

Last but not least – und das freut mich besonders – haben wir durchgesetzt, dass es zukünftig eine eigenständige Jugendpolitik

gibt. Dieses Thema ist während der letzten Jahre in den Hintergrund geraten, weil Kinder- und Familienpolitik politisch und medial im Fokus stand. Mit den Jugendverbänden werden wir einen „Jugend-Check“ entwickeln, mit dem wir bundespolitische Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation überprüfen.

Ziel ist verbindliche Geschlechterquote für Vorstände großer Unternehmen

Natürlich können wir mit der Union nicht unser komplettes SPD-Regierungsprogramm umsetzen. Allerdings: Die positiven Reaktionen auf das Coming-Out Hitzlspergers und Stimmen in der Union, die sich für das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare aussprechen, lassen mich hoffen, dass wir der CDU/CSU dieses noch abringen können. Womöglich gelingt es uns in den nächsten vier Jahren zudem auch eine verbindliche Geschlechterquote für Vorstände von großen Unternehmen durchzusetzen.

Bei anderen Themen habe ich allerdings wenig Hoffnung: Bei der Abschaffung des Betreuungsgeldes, der Einführung eines neuen Kindergeldes und eines Partnerschaftstarifs statt des Ehegattensplittings ist bei der Union Schluss mit der Modernität in der Familienpolitik. Da müssen wir auf andere politische Mehrheiten warten.

Impressum

Herausgeber:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M.A. (sl)
(Referentin im Landesgruppenbüro)
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de
Im Internet unter: landesgruppe.edr-pi.de

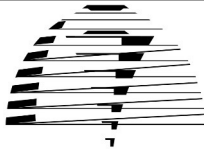


Schlusskorrektur:

Soeren van Heck M.A.
Büro Matthias Ilgen MdB

Abbildungen:

Nadine Brockmann (S. 2)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (S. 5 Grafik)
Deutscher Bundestag / Achim Melde (S. 10 links)
Matthias Ilgen (S. 9, 12)
Steffen Jaenicke / SPD (S. 1)
Susie Knoll / Florian Jänicke (S. 5, 6, 7)
Sandra Lechelt (S. 3, 5, 7, 10 rechts, 11 rechts)
Dr. Birgit Malecha-Nissen (S. 8)
Sönke Rix (S. 12)
Dr. Nina Scheer (S. 6)
Sana Kliniken Ostholstein GmbH (S. 4 rechts)
studio kohlmeier (S. 4 links)
Franz Thönnies (S. 11 links)



Für Schleswig-Holstein im Verkehrsausschuss

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich freue mich sehr, dass die SPD Schleswig-Holstein nach zwölf Jahren endlich wieder im Verkehrsausschuss vertreten ist. Für unser Bundesland ist dieser politische Fachbereich aufgrund der vielen großen Verkehrsprojekte besonders wichtig.



Dr. Birgit Malecha-Nissen

Norden soll von Bundesmitteln profitieren

Es muss sichergestellt werden, dass wir im Norden auch etwas von den fünf Milliarden abbekom-

men, welche die Große Koalition zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investieren will.

Stellvertretende Vorsitzende der Küstengang im Bundestag

Um die Position Schleswig-Holsteins zu stärken, engagiere ich mich als stellvertretende Vorsitzende in der Küstengang. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Stärkung der maritimen Wirtschaft.

Die Küstengang ist der Zusammenschluss der 44 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus den fünf norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Wichtige Ziele auf der Berliner Agenda

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Projekte wie der Neubau der Rader Hochbrücke, die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals und der Ausbau der A20 auf der Berliner Agenda bleiben und Bundesmittel dafür bereitgestellt werden. Minister Dobrindt muss zeigen, dass er ein Minister für ganz Deutschland ist und nicht nur für Bayern wie sein Vorgänger.

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Gute Nachrichten aus dem Verkehrsministerium: Der Bund wird die Mehrkosten beim Neubau der fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel übernehmen. Diese Zusage machte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt bei seinem Besuch im Wasser- und Schifffahrtsamt Brunsbüttel Ende Februar.

Unerfreulich ist dagegen, dass der Minister den angekündigten genauen Finanzierungs- und Zeitplan für die Sanierungs- und Neubaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal nun doch nicht vorgelegt hat.

Auch weiterhin kein detailliertes Konzept für NOK

Bereits sein Amtsvorgänger Peter Ramsauer war der Landesregierung Schleswig-Holstein ein detailliertes Konzept für den Nord-Ostsee-Kanal schuldig geblieben.

Ich hoffe sehr, dass Herr Dobrindt nicht in die Fußstapfen des für seine folgenlosen Ankündigungen bekannten Ramsauers tritt.

Meine Kollegin Bettina Hagedorn aus dem Haushaltsausschuss und ich werden dafür sorgen, dass der Nord-Ostsee-Kanal im Ministerium auf der Agenda bleibt.

Ruder bei der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung herumreißen

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Die von der ehemaligen schwarz-gelben Bundesregierung durchgeführte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung führte zu einem massiven Stellenabbau. Frust und Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes hatten außerdem zur Folge, dass sich viele gut qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen neue Arbeitsplätze suchten.

Die viel zu dünne Personaldecke in den einzelnen Wasser- und Schifffahrtsämtern gefährdet mehr als nur überfällige Sanierungs- und Ausbauarbeiten wie etwa am Nord-Ostsee-Kanal. Es werden dringend Ingenieure gebraucht. Herr Staatssekretär Enak Ferlemann, CDU, spricht von zusätzlichen Stellen im dreistelligen Bereich, die Projekte planen und ausschreiben können.

Entwurf für die neue Organisationsstruktur wird zeitnah vorgelegt

In der neuen Bundesregierung arbeiten wir daran, das Ruder herumzureißen und die Reform noch zu einem guten Ende zu

bringen. Das Bundesverkehrsministerium wird zeitnah einen Entwurf für die neue Organisationsstruktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vorlegen.

Verlorene Entscheidungskompetenz an die Küste zurückholen

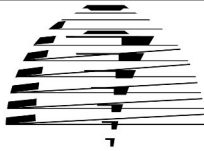
Unser Ziel ist dabei, wieder mehr Entscheidungskompetenz zurück an die Küstenstandorte zu holen. Die neue Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Bonn darf nicht zum Flaschenhals werden. Wir brauchen Expertise in den Verwaltungen vor Ort, damit die dort anfallende Arbeit erfolgreich bewältigt werden kann. Die Beschäftigten müssen zeitnah und verlässlich wissen, wie es zukünftig um ihre Arbeitsplätze steht.

Einbeziehung aller Akteure ein gutes Signal

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat bei seinem Besuch an der Schleuse in Brunsbüttel Ende Februar zugesagt, das Parlament, die Länder und die Beschäftigten in den Reformprozess mit einzubeziehen. Das ist ein gutes Signal.



Dr. Birgit Malecha-Nissen führte Gespräche mit dem stellv. Leiter des WSA Kiel-Holtenau Matthias Visser, dem Leiter der Planungsgruppe Ausbau Nord-Ostsee-Kanal Sönke Meesenburg, dem Personalratsvorsitzenden Mathias Stein und seiner Kollegin Antonia Geist (v.l.n.r.)



Eine sozialdemokratische Agenda für Europa

Von Matthias Ilgen

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Europawahlkampf steht bevor. In diesem Jahr interessieren sich mehr Bürgerinnen und Bürger für diese wichtige Wahl und wir hoffen und kämpfen, damit wir sowohl den Negativrekord bei der Wahlbeteiligung, wie auch unser sehr mäßiges Ergebnis von 2009 überwinden können. Dafür gibt es gute Gründe. Die Themen auf der europäischen Agenda fordern geradezu eine stärkere Sozialdemokratie, um Europa im Sinne der Menschen gestalten zu können.

Förderung des internationalen Handels durch TTIP

Das transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) ist sinnvoll, um den internationalen Handel zu fördern. Davon profitiert unsere mittelständische Exportwirtschaft. Es darf aber nicht missbraucht werden, um deutsche und europäische Arbeits- und Sozialstandards zu drücken. Hier müssen wir die europäische Kommission in die Pflicht nehmen, um bei den Verhandlungen für einen fairen Interessenausgleich zu sorgen.

Einhaltung von Versprechen im Bereich der Landwirtschaft

Gerade im Bereich der Landwirtschaft muss die europäische Sozialdemokratie dafür Sorge tragen, dass die derzeitigen Versprechen

des EU-Chefunterhändlers Berco eingehalten werden, wenn es beispielsweise darum geht, dass genmanipulierte Tiere und Nahrungserzeugnisse nicht zur Verhandlung stehen.

Genmais-Debatte zeigt Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD

Die Genmais-Debatte beschäftigt viele Menschen in Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen um die Qualität ihrer Lebensmittelversorgung. An dieser Stelle ist es – trotz großer Koalition in Berlin – wichtig, auch die Unterschiede zwischen SPD und CDU herauszustellen.

Die CDU-Bundesminister und allen voran Kanzlerin Merkel sind dafür



Matthias Ilgen

verantwortlich, dass die genmanipulierte Maissorte 1507 möglicherweise künftig in Deutschland angebaut werden darf. Denn sie haben dafür gesorgt, dass Deutschland sich in Europa der Stimme enthält, anstatt Widerspruch einzulegen – wie unsere SPD-Bundesminister es wollten.

Es gilt nun, auf der einen Seite, trotz Koalitionsrason, klar unsere Position in der Öffentlichkeit zu vertreten, dann werden die Wähler dies auch honorieren. Auf der anderen Seite darf sich so ein Vorgang, dessen Außenwirkung für die Glaubwürdigkeit der SPD verheerend ist, nicht wiederholen. Die SPD hält sich, trotz Widerstand, an die Koalitionsrason, während die CDU/CSU, dank ihrer Abweichter besser da stehen, obwohl sie es sind, die den Anbau von genmanipuliertem Mais vorantreiben wollen.

SPD-Mitgliederentscheid steht für verstärkte Bürgerbeteiligung

Ein weiteres Element neuer sozialdemokratischer Politik in Europa – hinter das wir meiner Meinung nach nicht mehr zurückschreiten dürfen – ist die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger wenn es darum geht, in Europa richtungsweisende Entscheidungen zu treffen. Unser Mitgliederentscheid im vergangenen Dezember hat gezeigt: Die Menschen wollen gefragt werden. Fragen wir sie! Der EU-Vertrag in seiner Version von Lissabon bietet

hierfür auf europäischer Ebene bereits die geeigneten Möglichkeiten.

Am Beispiel der Wasserrichtlinie im Sommer 2013 haben wir gesehen, dass dieses Instrument den Bürgerinnen und Bürgern der europäischen Union zwar durchaus bewusst ist, jedoch sollte man in Zukunft die gesellschaftlichen Gruppen dazu ermutigen, von diesem plebiszitären Element häufiger Gebrauch zu machen.

Sozialdemokratische Haltung in Europa wichtig

Nicht zuletzt geht es bei der Europawahl auch um die Frage, wer den Kontinent in den nächsten Jahren führen wird. Wir Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten haben nicht nur die besseren Antworten auf die Fragen der Menschen – wir haben auch das glaubwürdige Personal, um unsere Haltung in Europa zu vertreten.

Martin Schulz als Spitzenkandidat bei der Europawahl

Martin Schulz ist ein hervorragender Spitzenkandidat, für den es sich lohnt, Wahlkampf zu machen, damit die Europäische Sozialdemokratie stärkste Kraft im europäischen Parlament wird und Martin Schulz die Chance bekommt, Präsident der europäischen Kommission zu werden.

Lasst es uns gemeinsam anpacken! Glück auf!

Das Handwerk: „In vielen Punkten herrscht Einigkeit“

Positive Resonanz beim traditionellen Austausch zwischen Handwerksvertretern und SPD-Bundestagsabgeordneten in Berlin

Beim mittlerweile traditionellen Abend des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein (Zusammenschluss der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck sowie des Handwerks Schleswig-Holstein e.V.) und der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in entspannter Atmosphäre in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin über Themen

wie die Bedeutung der Meisterprüfung, der Fachkräftesicherung im Handwerk und den geplanten Rahmenbedingungen des Mindestlohnes aus.

Meisterbrief genießt hohe Wertschätzung

Einigkeit herrschte zwischen den Handwerksvertretern und den SPD-Bundestagsabgeordneten unter anderem bei der Feststellung, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt werden darf.

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher

der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass die duale Ausbildung und die Meisterprüfung unverändert eine hohe Wertschätzung auch über die deutschen Landesgrenzen hinaus genießen. Diese gelte es zu schützen.

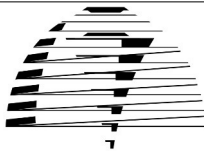
Duale Ausbildung ist europaweit Vorbild

Die SPD-Abgeordneten machten mit Blick auf eine entsprechende Initiative der EU-Kommission deutlich, dass Deregulierung und Schaffung neuer Berufszugänge nicht zulasten von Verbrauchern, Ausbildung und Ehrenamt gehen

dürften.

„Die EU hat das duale Ausbildungssystem deutschen Musters immer wieder als Vorbild dargestellt. Dazu gehört auch der Meister mit Meisterbrief“, so Rossmann. „Die meistergeführten zulassungspflichtigen Handwerksbetriebe haben die höchsten Ausbildungsquoten, sie sorgen für einen gut qualifizierten Fachkräftenachwuchs und leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere gesamte Wirtschaft.“

- Fortsetzung auf Seite 10 -



Ein Bericht mit Licht und Schatten

Der Wehrbeauftragte legt seinen aktuellen Sorgenbericht vor

Von Dr. Hans-Peter Bartels

Der in diesen Tagen an Bundestagspräsident Norbert Lammert und den Verteidigungsausschuss übergebene Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2013 stellt einen traurigen „Rekord“ auf: Aus der Bundeswehr gingen im vergangenen Jahr die meisten Beschwerden seit 1959 beim Wehrbeauftragten ein. So stieg die Eingabquote von 2012 auf 2013 von 22 auf 28 pro tausend Soldaten. Insgesamt erreichten dem Wehrbeauftragten im vergangenen Jahr 5.095 Eingaben aus der Truppe; 2012 waren es 4.309. Gleichzeitig sank im letzten Jahr der Umfang der Streitkräfte von 198.000 auf 185.000.

Wirklich überraschend war der deutliche Anstieg der Eingaben, zumindest für die Mitglieder im Verteidigungsausschuss, nicht. Die wachsende Unzufriedenheit in der Truppe war in den letzten Monaten, etwa bei Besuchen einzelner Bundeswehrstandorte, sehr deutlich spürbar.

Fünfte Reform der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges

Wir erleben seit Ende des Kalten Krieges 1989/1990 inzwischen die fünfte Reform der Bundeswehr. Diese Dauerreformsituation schafft Unsicherheit in der Berufs- und Familienplanung. Immer mehr Soldaten müssen pendeln. Die Doppelbelastung von Umstrukturierung und Auslandseinsätzen führt dazu, dass nicht selten Grenzen des Zumutbaren überschritten werden. Deshalb war es richtig, dass wir im Koalitionsvertrag verabredet haben, in dieser Wahlperiode keine nochmalige Grundsatzreform auf den Weg zu bringen. Gefragt ist jetzt kluges Nachsteuern an der jüngsten Neuausrichtung. Es darf nicht schon wieder alles ein weiteres Mal zusammengepuzzelt werden.

Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver machen

Dass die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen den Fokus gleich zu Beginn ihrer Amtszeit auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Arbeitszeitre-



Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Helmut Königshaus, übergibt seinen Jahresbericht 2013 an Bundestagspräsident Norbert Lammert und an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dr. Hans-Peter Bartels

gelung gelenkt hat, ist ein guter Anfang. Dieses Thema ist in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Wir müssen die Bundeswehr, die ja keine Wehrpflichtarmee mehr ist, als Arbeitgeber wirklich attraktiver machen.

Zahl der Beschwerden über sexuelle Belästigungen sind besorgniserregend

Besorgniserregend ist die hohe Zahl an Beschwerden von Soldatinnen über sexuelle Belästigungen. Das ist alarmierend, gerade mit Blick auf die mögliche hohe Dunkelziffer, auf die der Wehrbeauftragte hinweist. Nicht wenigen Frauen ist es offenbar auch unangenehm, derartige Übergriffe bei Vorgesetzten zu melden. Es ist wichtig, hier zu handeln: Eine nun veröffentlichte Studie des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr („Truppenbild ohne Dame?“) soll bei der Entwicklung von entsprechenden Maßnahmen helfen. Die Zahl der Frauen in der Truppe ist zwar mit rund 18.500 leicht gestiegen, aber noch immer sind zu wenige Soldatinnen in Führungspositionen anzutreffen.

Ungleichgewicht bei Ausrüstung im Ausland und der Heimat

Ein weiteres Problem, das zu Unzufriedenheit führt, ist das Ungleichgewicht bei der (guten)

Ausrüstung der Einsatzkräfte im Ausland auf Kosten der Ausstattung der Verbände in der Heimat. Hier befindet sich die Bundeswehr in einer schwierigen Situation. Die Finanzdecke ist sehr dünn. Daran wird sich erst einmal auch nicht viel ändern. Was an der einen Ecke mehr ausgegeben wird, fehlt an der anderen. Klar ist aber auch, dass die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst zusätzliches Geld kosten wird. Eine bessere Arbeitszeitregelung hingegen muss gar nichts extra kosten. Es war deshalb überfällig, dieses Thema anzupacken. Hier wurde das richtige Signal gesetzt.

Belastbarkeitsgrenze der Truppe

Zur aktuellen Diskussion um die Belastbarkeitsgrenze der Truppe: Beispielsweise zum maritimen Schutz der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen sollten wir derzeit – trotz der sorgenvollen Anmerkungen des Wehrbeauftragten – noch über genügend Reserven in der Bundeswehr verfügen.

Entspannung bei im Ausland eingesetzten Bundeswehrangehörigen zu erwarten

Außerdem kündigt sich eine gewisse Entspannung an: Seit einigen Jahren gehen die Zahlen der

im Ausland eingesetzten Bundeswehrangehörigen zurück. Auf dem Höhepunkt von Balkan- und Terror-Krisen standen insgesamt fast 11.000 deutsche Soldaten gleichzeitig im Einsatz, heute unter 5.000. Und deren Zahl dürfte mit der planmäßigen Reduzierung der Afghanistan-Truppe bis Ende 2014 wohl auf unter 3.000 sinken.

Bericht des Wehrbeauftragten im Internet verfügbar

Der komplette Bericht des Wehrbeauftragten kann auf der Homepage des Deutschen Bundestages heruntergeladen werden: <http://www.bundestag.de/bundestag/wehrbeauftragter/>

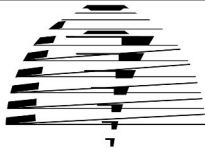
Das Handwerk: „In vielen Punkten herrscht Einigkeit“

- Fortsetzung von Seite 9 -

Dass das Handwerk wichtige Akzente beispielsweise auch in Bezug auf die Einbindung von Flüchtlingen und Bleibeberechtigte in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt setzt, zeigten die Handwerksvertreter durch mitgebrachte Projektergebnisse. So entstand im Rahmen des Projektes „Handwerk ist interkulturell“ des Netzwerkes „Land in Sicht!“ ein kleines Kochbuch mit Rezepten aus Afghanistan, dem Irak und Vietnam, an dem einige Flüchtlinge mitgewirkt hatten.



Während die SPD-Bundestagsabgeordneten für die geplanten Vorhaben auf Bundesebene warben, nahmen sie von den Vertretern des Handwerks Anliegen für ihre politische Arbeit mit. Zum Abschluss des Abends waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass auch in den nächsten Jahren dieser gelungene Austausch mit gegenseitiger Wertschätzung wiederholt werden soll. (sl)



Minderheitenpolitik nachhaltig gestalten

Franz Thönnes trifft Vertreter des Bundes Deutscher Nordschleswiger in Berlin

Eine erfolgreiche Minderheitenpolitik ist Grundlage für ein konfliktfreies und fruchtbares Miteinander von Mehrheit und Minderheiten. Die deutsch-dänische Grenzregion gilt seit langem in Europa als vorbildhaft. Dass es gelungen ist, aus Gegnern im Deutsch-Dänischen Krieg vor 150 Jahren eine friedliche und gute Nachbarschaft wachsen zu lassen, in der mehr Gemeinsamkeiten als Gegensätze bestehen, ist keine Selbstverständlichkeit.

Grundlage hierfür sind die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen, die am 29. März 1955 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Dänemarks Ministerpräsident Hans Christian Hansen unterzeichnet wurden. Sie bestätigten die geltenden Freiheitsrechte, insbesondere das freie Bekenntnis zur jeweiligen Sprache und Kultur, sowie die Gleichbehandlung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Gleichzeitig verständigten sich beide Länder darauf, ihre jeweilige Minderheit im deutsch-dänischen Grenzland finanziell zu unterstützen.

Massive Kürzungen der Zuschüsse unter CDU/FDP-Landesregierung

In den vergangenen Jahren konnte von einer Minderheitenpolitik aus einem Guss jedoch nicht die Rede sein, stattdessen waren die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Minderheiten von vielen Unwägbarkeiten geprägt.

So kürzte die ehemalige CDU/FDP-

Landesregierung Schleswig-Holsteins die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit im Jahr 2011 um 15 Prozent, was ca. 4,7 Millionen Euro entsprach. Nachdem der Bund die entstandene Lücke für zwei Jahre teilweise schloss, kehrte erst die 2012 neu gewählte SPD-geführte Landesregierung mit dem Haushalt 2013 zur 100 Prozent-Förderung der dänischen Schulen zurück.

Kostensteigerungen konnten nicht ausgeglichen werden

Und auch die deutsche Minderheit in Dänemark, vertreten durch den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), hat seit 2011 weniger investive Mittel zur Verfügung. Hier wurde der Haushaltstitel des Bundes durch Schwarz-Gelb um 200.000 Euro gekürzt. Gleichzeitig ist die institutionelle Förderung über Jahre gleich geblieben und hat damit keine Kostensteigerungen im Personal- oder Sachbereich ausgeglichen. Eine einmalige zusätzliche Unterstützung in Höhe von 350.000 Euro im Jahr 2013 ist zwar hilfreich, um Planungssicherheit zu erreichen bedarf es jedoch einer Verstärkung der Mittel.

Jährlicher Zuschuss für BDN von 1,9 Mio. Euro

Am 28. November 2012 hat sich das Land Schleswig-Holstein dieses Problems angenommen und mit dem BDN einen privatrechtlichen Vertrag geschlossen. Die Vereinbarung für die Jahre 2013 bis 2016 sieht vor, dass die Minderheit

in Nordschleswig jährlich etwa 1,9 Millionen Euro erhält. Ihr Verband hat damit für vier Jahre finanzielle Planungssicherheit. Mit dem Geld werden Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Kulturaktivitäten, Bibliotheken und Kirchengemeinden unterstützt.

Bund ist in der Pflicht

Nachdem die SPD-geführte Landesregierung die Minderheitenpolitik wieder auf eine verlässliche Basis gestellt hat, muss auch die Bundespolitik nachziehen. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD zur „Förderung der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der deutschen Minderheit in Dänemark...“ verpflichtet.

Bei Treffen in Berlin Erwartungen ausgetauscht

Vor diesem Hintergrund traf sich Franz Thönnes am 18. Februar 2014 mit Vertretern des BDN in Berlin. Zusammen mit ihrem Hauptvorsitzenden Hinrich Jürgensen, dem Generalsekretär Uwe Jessen und ihrem Hauptgeschäftsführer Rasmus Hansen tauschte sich der Parlamentarier über ihre Arbeit sowie ihre Erwartungen an die Politik aus.

Stärkere Unterstützung wünschenswert

Im Gespräch machten die BDN-Vertreter deutlich, dass sie sich eine stärkere Unterstützung von Seiten der Bundesrepublik Deutschland wünschen. Denn während man 1997 noch 32% seiner Ausgaben durch Bundeszuschüsse deckte, ist dieser Anteil bis 2012 auf 21,4% gesunken. Thönnes zeigte Verständnis für die Forderung.

Ungleichgewicht im Verhältnis der Minderheitenförderung

Bereits in der Vergangenheit hatte er zusammen mit seinem Kollegen Sönke Rix darauf hingewiesen, dass sich Deutschland unter Führung von CDU/CSU und FDP aus der gemeinsamen Verantwortung stiehlt und für ein zunehmendes

Ungleichgewicht im Verhältnis der Minderheitenförderung durch die Regierungen in Kiel, Berlin und Kopenhagen sorgt. Dies widerspricht dem Geist des guten Miteinanders der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen.

Abschließend sicherte Thönnes zu, sich zusammen mit den SPD-Haushaltern für eine stärkere und verlässlichere Finanzierung einzusetzen.



Blick in die Bundestagskuppel

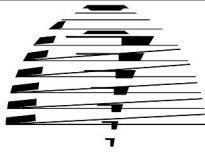


Turm des Bundestages



Rasmus Hansen, Hinrich Jürgensen, Franz Thönnes, Uwe Jessen (v.l.n.r.)

Der Norden – stark in Berlin!



Wahlkreisbüros (wieder-)eröffnet

Impressionen vom Einstand der Bürgerbüros von Matthias Ilgen und Sönke Rix

Die SPD-Bundestags-abgeordneten Matthias Ilgen und Sönke Rix feierten vor Kurzem mit Bürgerinnen und Bürgern die (Wieder-)Eröffnung ihrer Bürgerbüros. Hier finden nicht nur Genossinnen und Genossen immer ein offenes Ohr für Ihre Belange!

Künftig ist das **Büro von Matthias Ilgen** (Wahlkreis 2 Nordfriesland-Dithmarschen) im Schlossgang 1 in 25813 Husum erreichbar.

Ansprechpartnerin vor Ort ist Christel Buchholz. Die Telefonnummer ist 04841/9398349, die Faxnummer 04841/9398295 und

die E-Mail-Adresse Matthias.ilgen.ma04@bundestag.de.



Matthias Ilgen

Das **Büro von Sönke Rix** (Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde) befindet sich in der Nienburgstraße 10 in 24768 Rendsburg.

Ansprechpartner sind Jörg Hamer und Harald Friedrichsen. Die Telefonnummer ist 04331/8685765, die Faxnummer 04331/8685745 und die E-Mail-Adresse soenke.rix@wk.bundestag.de.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich über regen Besuch!



Sönke Rix

